Weiter Kritik an Vorschlag für „Deutschpflicht“

17. April 2016

Osnabrück (KNA) Die Debatte über einen Unions-Vorschlag für eine „Deutschpflicht“ in Moscheen hält an. So will sich die Türkische Gemeinde in Deutschland die Sprache nicht in Moscheen vorschreiben lassen. „Deutsch für Predigten in Moscheen festzulegen, ist ein Eingriff in die freie Religionsausübung. In katholischen Kirchen wird ja auch noch Latein gesprochen“, sagte der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde, Gökay Sofuoglu, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Donnerstag). Und weiter: „Das Grundgesetz garantiert die Religionsfreiheit. Es ist verfassungswidrig, für eine einzelne Religion ein Gesetz zu erlassen.“ Es sei falsch, Moscheen unter Generalverdacht zu stellen. „Da wird mit dem Finger auf Muslime gezeigt. Das ist diskriminierend und stigmatisierend.“ Für Sofuoglu ist der Vorschlag aus den Reihen der Union „reiner Populismus“. Er stellte sich aber hinter die Idee, dass in Deutschland aktive Imame auch hierzulande ausgebildet werden sollten: „Wer hier studiert hat, ist hier sozialisiert und hat einen realistischeren Blick auf die Gesellschaft.“

Kritik kam auch von der Grünen-Vorsitzenden Simone Peter. Es liege die Frage nahe, „ob bald auch das Kirchenlatein und das hebräische Schalom dem Aktionismus der CSU zum Opfer falle“, so Peter in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Die Grünen forderten seit langer Zeit, dass mehr Imame in Deutschland ausgebildet würden. „Von Sprachverboten aber halten wir nichts.“

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hatte am Mittwoch in der „Welt“ ein deutsches Islam-Gesetz gefordert. Es solle die Finanzierung von Moscheen und Imamen aus dem Ausland beenden. Zudem müsse Deutsch die Sprache der Moscheen werden. CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach unterstützte den Vorschlag, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), stellte sich dagegen.

(KNA – qkoln-89-00209)

Stand: 13. November 2026